

Umstrittener Großmufti Ceric auf Kirchentag



Diesen Donnerstag tritt der geistliche Führer der bosnischen Muslime, Großmufti Mustafa Ceric (Foto), auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden auf. Weiß der EKD-Präses Nikolaus Schneider, mit wem er dort reden wird? Ceric ist Mitglied im europäischen Fatwa-Rat, dessen Vorsitzender Yussuf al-Qaradawi palästinensische Selbstmordattentate befürwortet und große Sympathien für die Muslimbruderschaft hat.

(Von Aufklärer)

Zudem gilt Ceric als einer der Vordenker einer Einführung der Scharia in Europa. Wäre es nicht eher angebracht, dass der EKD-Präses mit dem Großmufti über Selbstmordattentate und die Scharia als über „soziale Gerechtigkeit“ (so das offizielle Thema) diskutierte?

Ceric ist beileibe kein Unbekannter in Deutschland und stand schon mehrfach in der Kritik. In einem Interview bekundete er offen einen islamischen Gestaltungsanspruch: Er habe das Recht, ein neues Gesicht Europas zu formen! Als er 2008 den Eugen-Biser-Preis für sein „Dialog“-Engagement erhielt, bezeichnete sogar der als islam-freundlich bekannte „Kölner Stadtanzeiger“ den Großmufti als „janusköpfig“. Auf der einen Seite gibt sich Ceric aufgeschlossen und konzilient, auf der

anderen Seite ist er aber mit herausragenden Vertretern radikal-islamischer Gruppen befreundet und betreibt die Ausbreitung der Scharia.

„Europäisches Kalifat“

Anlässlich des Biser-Preises kochte abermals eine Debatte hoch um einen Aufsatz von Ceric in der Zeitschrift „European View“. Dort hatte er 2008 „eine einzige Muslim-Autorität in Europa“ auf dem Fundament von islamischem Glauben, der Scharia und dem Imamat gefordert. Die „islamische Verpflichtung auf die Scharia“ sei „immerwährend, nicht verhandelbar und unbefristet“. Die Muslime seien berechtigt und verpflichtet, „im Kontext von Zeit und Raum“ auf Basis der Scharia „über gut und böse, richtig und falsch zu urteilen“. Damit sind allerdings Konflikte mit dem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat programmiert. Es gab Proteste gegen Ceric's Aufsatz von der CDU-Extremismusexpertin Kristina Köhler (die heutige Familienministerin Schröder) und dem Herausgeber von „European View“, dem damaligen EU-Parlamentspräsidenten Hans-Gerd Pöttering. Nach Einschätzung von Köhler führten Ceric's Forderungen in der Konsequenz „zu einem europäischen Kalifat“.

Als Mentor und Förderer des Penzberger Imams Idriz hat Ceric in dessen Buch „Islam mit europäischem Gesicht“ seine „Deklaration europäischer Muslime“ veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung stammt vom Idriz-Freund Stefan Jakob Wimmer. Die „Deklaration“ liest sich wie eine Anleitung zum politischen und kulturellen Djihaad. Ceric verlangt dort die „Institutionalisierung des Islam in Europa“, die „politische Freiheit“ für Muslime, „ihre legitimen Vertreter in die europäischen Volksvertretungen zu entsenden“ und eine „Erleichterung der europäischen Einwanderungspolitik“ für Muslime. Auch dringt Ceric darauf, muslimisches Recht im Familienrecht anzuerkennen. Das schafft ein Einfallstor für die Scharia. Zudem fordert Ceric den „Aufbau islamischer Schulen“.

Politische Ambitionen über Bosnien hinaus

Wie begann Cerics geistlich-politische Karriere? Sein enger Freund, der damalige Staatspräsident Aliya Izetbegovic, verhalf ihm 1994 putschartig ins Amt des Großmuftis. Dazu muss man die trüben ideologischen Hintergründe des Panislamisten Izetbegovic bedenken, der in seiner „Islamischen Deklaration“ von 1970 die Auffassung vertrat, es gebe keine friedliche Koexistenz von islamischen und nicht-islamischen Institutionen. Ceric wird vorgeworfen, sich nicht weit genug von dem seit dem Balkankrieg wachsenden Einfluss des Wahabismus in Bosnien abzugrenzen und sich zu stark in politische Fragen einzumischen. Moderate Muslime und bosnische Serben kritisieren, dass der Großmufti verlangt hat, die Scharia in die bosnische Verfassung aufzunehmen.

Unübersehbar ist, dass Cerics politische Ambitionen weit über Bosniens Grenzen hinaus reichen. In einem Interview mit Radio Free Europe erklärte Ceric 2006 seine Haltung zu Europa mit unmissverständlicher Offenheit: Europa gehöre nicht zu einer besonderen Kultur oder Religion – etwa der christlichen. Es gehöre allen. Zugleich hat Ceric einen muslimischen Herrschaftsanspruch angemeldet: „I have the right to shape a new face of Europe“.

Nach Berichten pakistanischer Medien hat Ceric 2010 in Karachi die muslimische Umma dazu aufgerufen, die Weltwirtschaft durch eine Halal-Bewegung zu „erobern“. Produktion und Export von Halal-Food seien geeignet, den Muslimen eine globale wirtschaftliche Position zu verschaffen und immense Gewinne zu erzielen.

Mit der weltweit agierenden radikalen Muslimbruderschaft ist der Großmufti verbunden durch seine Mitgliedschaft im European Council for Fatwa and Research (ECFR), der von Yussuf al-Qaradawi geleitet wird. Der einflussreiche Prediger Qaradawi fordert eine strikte Scharia-Gesetzgebung und hat palästinensische Selbstmordattentate öffentlich gutgeheißen.

Ziel der Muslimbruderschaft ist die Islamisierung der Gesellschaft und die Errichtung eines Staates nach islamischen Grundsätzen. Freundschaftlichen Kontakt unterhält Ceric zudem mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), deren Vorsitzenden Karahan er unlängst in Bosnien „mit großer Herzlichkeit“ empfangen hat.

Islam-Zentrum ZIE-M als Brückenkopf für Ceric?

2012 endet die Amtszeit Cerics als bosnischer Großmufti. Sein politischer Ehrgeiz wird ihn dann zu neuen Zielen drängen. Als europäische Herausforderung könnte ihn eine Position als Führer („Obermufti“) der Muslime in Europa reizen. Hierbei spielen seine engen Kontakte zum Penzberger Imam Idriz eine wichtige Rolle. Dessen geplantes „Zentrum für Islam in Europa – München“ soll mit Hilfe arabischer Spendenmillionen gebaut werden. Sollte Idriz dies gelingen, wäre das ZIE-M eine geeignete Plattform für seinen geistlichen Förderer Ceric, um seine Vision der Einführung der Scharia in Europa voranzutreiben. Der Evangelische Kirchentag in Dresden dürfte dabei nur eine Etappe sein und dem Ziel dienen, durch öffentlichen Show- Dialog seine Bekanntheit und seinen Einfluss zu steigern.

Zumindest sollte die Evangelische Kirche in Deutschland sich nach Cerics Kontakten zu Qaradawi erkundigen und dessen Position zu Selbstmordattentaten in Israel und dem Verhältnis der Scharia zu westlichen Freiheits- und Menschenrechten kritisieren.

» Kontakt EKD-Präses Nikolaus Schneider: rv@ekd.de

Kandel fordert Online-Offensive gegen Islamisten

✘ Johannes Kandel, Akademiedirektor der Friedrich-Ebert-Stiftung, warnt vor der Radikalisierung unter jugendlichen Moslems. Es braucht eine Online-Gegenoffensive, so Kandel im Interview für den Christlichen Medienverbund KEP. Beim FAZ-Feuilletonist und Autor des Buches „Die Panikmacher“, Patrick Bahners, vermisst Kandel seine „intellektuellen Fähigkeiten“ zu dem Thema.

Der Christliche Medienverbund (KEP) in Wetzlar hat dazu folgende Pressemeldung herausgegeben:

Eine Online-Offensive gegen radikale Muslime hat der Dozent und Akademiedirektor bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Johannes Kandel (Berlin), in der aktuellen Ausgabe des Christlichen Medienmagazins pro gefordert. Er rief Organisationen, aber auch Blogger dazu auf, im Web vor Islamisten wie dem Salafisten Pierre Vogel zu warnen und radikale Kräfte so mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

„Wir brauchen eine Medien-Gegenoffensive“, sagte Kandel im Gespräch mit dem Christlichen Medienmagazin pro. Laut dem Politikwissenschaftler zeigen 30 Prozent der jugendlichen Muslime in Deutschland Radikalisierungspotential. „Es ist besorgniserregend, wenn eine so große Zahl junger Muslime für radikale Positionen empfänglich ist.“ Auch in Moscheen würden regelmäßig extremistische Meinungen vorgetragen. In seinem aktuellen Buch „Islamismus in Deutschland“ warnt Kandel vor einer akuten Islamismus-Gefahr in der Bundesrepublik. Dazu analysiert er die Aufstellung und Vorgehensweise muslimischer Organisationen wie Milli Görüs, der Salafiten oder der Hamas. Im Interview sagte das SPD-Mitglied: „Kleinere Gruppen sind zum Teil gefährlicher als große wie Milli Görüs. Was sich im Bereich der Hisbollah- und Hamas-Anhänger in Deutschland tut, finde ich sehr bedenklich.“ Kandel stimmt mit der Forderung

des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich nach einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Muslimen und Behörden überein; er habe damals als Mitglied eines Gesprächskreises der ersten Islamkonferenz, der sich mit dem Thema Sicherheit und Islamismus beschäftigt hatte, dieselbe Forderung gestellt.

Kritik an F.A.Z.-Autor Patrick Bahners

Kandel's Buch hatte schon kurz nach seinem Erscheinen Kritiker auf den Plan gerufen. Patrick Bahners, Feuilletonchef der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Autor des Buches „Die Panikmacher“, hatte ihm vorgeworfen, eine „unheilige Inquisition“ gegen Muslime zu betreiben. Kandel nannte dies in pro einen „abwegigen und absurden Vorwurf“. Er fordere lediglich, dass Muslime sich selbstkritischer mit der eigenen Religion auseinandersetzen. Zu Bahners' vieldiskutiertem Buch „Die Panikmacher“ erklärte Kandel: „Ich verstehe nicht, warum Herr Bahners seine intellektuellen Fähigkeiten nicht auf die Analyse des real existierenden Islam richtet.“ Der Journalist hatte Medienschaffenden vorgeworfen, mit ihrer öffentlichen Kritik am Islam vorsätzlich Angst vor der Religion zu schüren.

Johannes Kandel ist seit 1987 bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt. Als Dozent und Akademiedirektor leitet er heute das Referat der Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog und beschäftigt sich dort insbesondere mit den Themengebieten Religion und Politik sowie Migration und Integration.

Das Interview mit Johannes Kandel ist in der aktuellen Ausgabe 3/2011 des kostenlosen Christlichen Medienmagazins pro erschienen, das unter 06441/915 151 oder info@kep.de angefordert werden kann. Das Christliche Medienmagazin pro erreicht sechsmal jährlich derzeit etwa 160.000 Leser. Das Magazin wird vom Christlichen Medienverbund KEP mit Sitz in Wetzlar herausgegeben, der darüber hinaus die Internet-Portale pro-medienmagazin.de und israelnetz.com sowie den pdf-Newsletter proKOMPAKT und das Magazin Israelreport verantwortet. Ein weiterer Arbeitsbereich ist die Christliche

Medienakademie in Wetzlar. Geschäftsführer ist Wolfgang Baake.

Diese Presserklärung offenbart einmal mehr, wie hoch die Bedrohungslage wirklich ist. Hisbollah und Hamas bereiten sich in Deutschland auf ihren Krieg vor. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, haben wir unsere Freiheit in Kürze verloren.

EU will Europa ihre Asylpolitik aufzwingen

Die Europäische Union wird auch gegen den Widerstand vieler Staaten ihre Asylpolitik vorantreiben. Die Länder sollen dabei wohl zu ihrem „Glück“ gezwungen werden, so scheint es. Sollte sich dies durchsetzen, wäre die „Flutung“ Europas durch Migranten gesetzlich nicht mehr zu stoppen (*Foto: EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström*).

Der „Focus“ zitiert die dpa folgendermaßen:

Trotz des Widerstands aus vielen Mitgliedsstaaten macht die EU-Kommission einen neuen Vorstoß für eine einheitliche Asylpolitik in Europa. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström legt heute ein Maßnahmenpaket vor.

Danach sollen die Staaten die Bedingungen für die Aufnahme von Asylbewerbern angleichen. „Das Ziel sind schnellere, fairere und wirksamere Regeln“, teilte die EU-Kommission mit.

Jeder Asylant müsse die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, egal in welchem EU-Land er ankomme. Dem Missbrauch – wie mehrfache Asylanträgen – müsse ein Riegel vorgeschoben

werden. Zugleich sollten Asylbewerber aber in Würde leben können. Die EU-Kommission strebt bis 2012 eine europaweit einheitliche Asylregelung an. Damit die Vorschläge Gesetzeskraft bekommen, ist die Zustimmung des Europaparlaments und der EU-Regierungen notwendig.

Das in „nette Worte“ gelegte Programm bedeutet nichts anderes als die geplante Masseneinwanderung gegen jeden Widerstand durchzusetzen, zu vereinfachen und voranzutreiben.

LKA: Neue Migranten-Rockerbande im Norden



In Norddeutschland zeichnet sich neue Gewalt durch Rockerclubs ab. Die Zeit der „Friedens-Abkommen“ läuft aus, neue Clubs sind in Planung, erklärt Stefan Jung vom LKA in Kiel. Dabei will sich offensichtlich eine neue Gruppe die sich aus Migranten zusammensetzt, im Land etablieren. Den „Tigers“ werden dabei Kontakte zu den mittlerweile verbotenen „Mongols“ nachgesagt.

Die *Lübecker Nachrichten* berichten:

Gerade einmal zwölf Monate ist es her, dass die verfeindeten

Rockerclubs Bandidos und Hells Angels in Hannover öffentlichkeitswirksam ein Friedens-Abkommen geschlossen haben. Ein Jahr lang sollte es in ganz Deutschland keine blutigen Auseinandersetzungen mehr zwischen den Organisationen und ihren Unterstützerclubs, den Contras und Red Devils, geben. Überdies sicherten beide Seiten zu, keine neuen Clubs zu gründen. Jetzt läuft der Vertrag aus – und die Polizei fürchtet, dass der blutige Konflikt wieder aufflammt.

„Die gesamte Szene ist stark in Bewegung“, sagt Stefan Jung vom Landeskriminalamt in Kiel. Bereits seit einigen Wochen verkünden die Hells Angels im Internet, einen neuen Charter „Southport“ zu planen. Einen Standort nannten die kriminellen Rocker bislang nicht. Aus gutem Grund: Zumindest nach außen hin wollten die Höllenengel nicht vertragsbrüchig werden. Die Kriminalisten vermuten, dass sich der neue Stützpunkt in den Kreisen Segeberg oder Stormarn ansiedeln wird.

Beide Seiten kämpfen um die Vorherrschaft in Schleswig-Holstein. Für die Rocker geht es um viel Geld: Drogen- und Waffengeschäfte, Menschenhandel, Prostitution und Schutzgelderpressung – die Liste der Delikte ist ebenso lang wie vielfältig. Den einjährigen Frieden haben auch die Bandidos in Schleswig-Holstein genutzt, intensive Kontakte zu Clubs in Niedersachsen zu knüpfen. Überdies gibt es mit „El Cazadores“ (zu deutsch: Die Jäger) einen neuen Unterstützer-Club im Norden.

Offenkundig will sich auch eine weitere neue Gruppe im Land etablieren. „Die ‚Tigers‘ sind eine Gruppierung junger Migranten mit engen Kontakten ins Rotlichtmilieu und zum Türstehergewerbe“, sagt Jung. Sie haben in Kiel und in Pinneberg jetzt eigene Clubs gegründet. Bislang zeichnet sich keine Verbindung zu Bandidos oder Hells Angels ab. Den Tigers werden allerdings Kontakte zu den mittlerweile verbotenen Mongols in Bremen nachgesagt. Dort gibt es seit Monaten blutige Auseinandersetzungen mit den Hells Angels. Erste Schlägereien registrierten die Behörden auch schon in der

Landeshauptstadt Kiel, als türkische Mitglieder der Tigers auf Unterstützer der Hells Angels vor einer Diskothek losgingen. Die Polizei rechnet mit weiteren Ausschreitungen der Rockergruppen. „Wir sind landesweit auf Gewalt eingestellt und haben uns entsprechend gerüstet“, sagt Jung.

Auffällig ist, dass die Rocker das im April 2010 von Landes-Innenminister Klaus Schlie (CDU) verhängte Vereinsverbot lokaler Clubs immer dreister ignorieren. „Die ehemaligen Mitglieder der verbotenen Bandidos Neumünster zeigen sich wieder mit ihren Kutten in der Öffentlichkeit. Auch die Hells Angels in Flensburg sind wieder in Montur unterwegs“, sagt Jung. Sie tragen die nicht verbotenen Erkennungszeichen der Bandidos Berlin beziehungsweise der Hells Angels Dänemark – wohlwissend, dass Polizei und Politik den Kriminellen dies nicht verbieten kann. Auch die Lübecker Tracht wird verstärkt in Flensburg gesichtet.

Eine plumpe Provokation, sagen Ermittler hinter vorgehaltener Hand. Offiziell gibt sich die 2009 im Landeskriminalamt gegründeten Sonderkommission Rocker aber unbeeindruckt. „Es zeigt doch nur, wie krampfhaft die Rocker bemüht sind, mit ihren Kutten Macht zu dokumentieren“, sagt Jung. Ohne den Aufnäher des jeweiligen Ortes sei dies in der Öffentlichkeit aber nur schwer zu vermitteln.

Deutschland gerät immer weiter aus den Fugen. Die „Bremer Verhältnisse“ weiten sich auf das ganze Land aus. Der Bürgerkrieg in unseren Straßen lässt sich offensichtlich nicht mehr verhindern. Die bisherigen Antworten der Politik offenbaren sich dabei als wirkungslose Lachnummer.

(Von Michael Böthel)

Ägypten führt Jungfräulichkeitstests durch



Hurra, die Demokratie hält Einzug! Nordafrika ist der Beweis, dass Islam und Demokratie doch vereinbar sind. So feierten die Gutmenschen und freuten sich. Nun, die betroffenen Frauen sehen das sicher anders. Natürlich diente die ganze Sache nur dem Schutz von Soldaten gegen den Vorwurf, sie hätten die Frauen vergewaltigt.

Komisch, hierzulande müssen sich Vergewaltigungsoffer keinem Jungfräulichkeitstest unterziehen. Und trotzdem kann man Vergewaltigungen nachweisen.

Der „Tagesanzeiger“ schreibt:

Demonstrantinnen mussten der ägyptischen Armee – einen Monat nach Mubaraks Sturz – ihre Unbeflecktheit beweisen. Die Begründung der Offiziere ist irritierend.

(...)

Besondere Aufmerksamkeit hat in der Demokratiebewegung die Geschichte von 18 Frauen erregt. Sie sind laut der Menschenrechtsorganisation Amnesty International in Militärgewahrsam unter anderem mit Elektroschocks misshandelt und zu einem Jungfräulichkeits-Test gezwungen worden.

Eines der Opfer, eine 20-jährige Frau, berichtete, sie sei nach ihrer Verhaftung in ein Militärgefängnis gebracht worden. Dort habe sie sich ausziehen müssen und sei – in einem Raum mit offenen Türen und Fenstern – von einer weiblichen Wächterin durchsucht worden. Immer wieder seien männliche Soldaten vorbeigekommen, hätten zugeschaut und Fotos gemacht. Dann hätten sie und ihre Mitgefangenen sich dem Jungfräulichkeits-Test unterziehen müssen, der von «einem Mann in weissem Kittel» durchgeführt worden sei. Man habe

ihnen gedroht, wer nicht mehr Jungfrau sei, müsse mit einer Anzeige wegen Prostitution rechnen.


Nachdem die Armee die Anschuldigungen anfänglich zurückwies, hat ein hochrangiger Offizier gestern gegenüber dem US-Sender CNN die Durchführung der Jungfrauen-Tests bestätigt und verteidigt: «Die verhafteten Mädchen waren nicht wie Ihre Tochter oder meine», sagte der General. «Das waren Mädchen, die auf dem Tahrirplatz mit Männern campierten, und wir fanden in den Zelten Molotow-Cocktails und Drogen.» Das Militär habe die Jungfräulichkeit zu seinem eigenen Schutz überprüft: «Wir wollten nicht, dass sie sagen, wir hätten sie sexuell belästigt oder vergewaltigt. Deshalb wollten wir beweisen, dass sie keine Jungfrauen mehr waren. Keine von ihnen war Jungfrau.»

Na dann ist ja alles klar. Offenbar kann man nur Jungfrauen vergewaltigen. Die anderen wollen es schließlich so...

(Spürnase: Mike2001)



Ole von Beust und seine First Lady

 Ole von Beust hat der ZEIT ein fünfseitiges Interview gegeben, in dem er allerhand Petitessen aus seiner Zeit als Hamburger Politiker und Bürgermeister und danach erwähnt. Wir konzentrieren uns nur auf eine Stelle: von Beust wäre gerne Bundespräsident geworden, leider hat ihn niemand gefragt.

Ebenfalls leider ist die ZEIT gar nicht der naheliegenden Frage nachgegangen, ob Ole als Bundespräsident seinen 36 Jahre jüngeren Lover als First Lady mit auf Staatsbesuche hätte nehmen können.

Der Glückliche heißt Lukas Förster, ist 20 Jahre alt und ein Großcousin. Immerhin wäre ja nicht auszuschließen gewesen, daß man ihn wegen Sex mit einem Minderjährigen eingebuchtet hätte. Die Gesetze in der Welt sind nicht überall so fortschrittlich wie im spätrömisch dekadenten Germanien und seiner politikkorrekt roten Hauptstadt Germania.

Ansonsten hätte aber das homoerotische Traumpaar gut zum sanften Welt-Führerstaat Deutschland gepaßt. Sie hätten der CDU das vermißte Großstadtflair gegeben und dem ganzen Erdkreis beispielsweise die grüne Energiewende. Die gesamte Palette deutscher Errungenschaften wie Biogurken, Müsli, Ethikrat, Nachhaltigkeit, schonenden Umgang mit den Ressourcen, E10-Benzin, das Elektrofahrrad als Highlight deutscher Ingenieurskunst, Stromgewinnung aus natürlicher Gülle und das vielseitige Waffenarsenal zur totalen CO2-Vernichtung. Da haben wir eine Riesenchance verpaßt! Ole for President!

Wichtiger Nachtrag: PI ist keine einförmige stalinistische Blockpartei, wo nur eine Meinung gilt! Es gibt – Gottseidank – bei PI unterschiedliche Meinungen zu unterschiedlichen Themen!

DIE ZEIT: Imam Idriz unter Verdacht



DIE ZEIT veröffentlichte Mitte Mai in ihrer 20. Ausgabe ein fünfseitiges Dossier über Imam Bajrambejamin Idriz mit dem Titel „Unter Verdacht“. Im Zuge seiner Recherche hatte der Redakteur Albrecht Metzger am 8. Juli des vergangenen Jahres auch Mitglieder von PI München zum Informationsaustausch getroffen. Trotzdem stellt sich Imam Idriz aus seiner Sicht immer noch – trotz gegenteiliger Fakten – als „moderater Hoffnungsträger“ dar.

(Von Michael Stürzenberger)

PI ist auf Seite 4 des Dossiers erwähnt, mit einem hochinteressanten Zitat des 2. Vorsitzenden des Vereins „Zentrum für Islam in Europa – München, ZIE-M“, Stefan Jakob Wimmer. Der Verein möchte bekanntlich das gleichnamige 30-Millionen-Moscheeprojekt in der bayerischen Landeshauptstadt realisieren:

Im März 2010 schreibt Wimmer einen öffentlichen »Brandbrief«: Im bayerischen Innenministerium, so der Religionswissenschaftler, säßen Beamte, die offensichtlich inspiriert seien von der islamfeindlichen Website Politically Incorrect, deren Methoden man mit der »antisemitischen Hetze« früherer Zeiten vergleichen könne. Bloß seien diesmal nicht Juden die Opfer, sondern Muslime.

Was wäre, fragt der Religionswissenschaftler, »wenn in einer bayerischen Behörde Personen mit offen antisemitischer Gesinnung mit der Zuständigkeit für jüdische Gemeinden

beträut wären?«

Kurz darauf erhält Wimmer Post von einem Ministerialdirektor im bayerischen Innenministerium. »Ihren Unterstellungen trete ich mit Nachdruck entgegen«, schreibt der Beamte. Die Arbeit des bayerischen Innenministeriums richte sich keinesfalls gegen den Islam als Religion, »sondern gegen den Islamismus, der im Widerspruch zu unserer freiheitlichen Grundordnung steht. Wer das Gegenteil behauptet, betreibt bewusste Fälschung.«

Nun, etwas anderes darf ein deutsches Innenministerium momentan auch nicht offiziell formulieren, will man nicht politisch inkorrekt wirken. Immer schön zwischen Islam und Islamismus unterscheiden, so wie zwischen Alkohol und Alkoholismus. Aber wo verläuft die Grenze? Bei dem, der ein bisschen zu tief in die Flasche bzw. in den Koran geschaut hat? Was aber ist dann Imam Idriz, der den Koran schon im Alter von elf Jahren in- und auswendig konnte? Und der seit Jahren in politischer Mission unterwegs ist, um dem Islam zu immer mehr Einfluss in Deutschland zu verhelfen, mit dem vorläufigen Höhepunkt eines europäischen Machtzentrums mitten in München?

Unter den Islamunterstützern scheint jedenfalls bereits die nackte Angst umzugehen, denn viel mehr als Idriz haben sie an Imamen auf der scheinbar „moderaten“ Seite nicht mehr anzubieten:

»Wenn wir den wegbeißen – wer bleibt dann noch übrig?«, fragt etwa Mathias Rohe, Professor für Rechtsvergleichung an der Universität Erlangen. Von Anfang an hat Stefan Jakob Wimmer, Lehrbeauftragter an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität München, den Konflikt miterlebt. Er ist das einzige nichtmuslimische Mitglied im Vorstand von ZIEM.

Wir erinnern uns – genauso hatte es Ibrahim El-Zayat, vom

Verfassungsschutz beobachteter Muslimbruder, Imam Idriz telefonisch geraten: Um nach außen einen gemäßigten Eindruck zu hinterlassen, solle er einen Nicht-Moslem in den Vorstand des ZIE-M holen. In Teil 4 unseres Videos „DIE AKTE IDRIZ – Der Imam und der Verfassungsschutz“ ist das abgehörte Telefonat visualisiert. El-Zayat hat Idriz diese Vorgehensweise wörtlich empfohlen, allerdings dürfe dieser Nicht-Moslem keinerlei Einfluss auf das ZIE-M ausüben:

Mit seinem 2. Vorstand Stefan Jakob Wimmer braucht Idriz beim ZIE-M auch keine Probleme zu befürchten. Wimmer ist ein Islamverharmloser allererster Güte und behauptete schon einmal, dass die Bibel in Bezug auf Gewaltaussagen schlimmer als der Koran sei. Zudem ist er mit einer Palästinenserin verheiratet, was einer islamkritischen Haltung sicherlich nicht gerade förderlich ist:

Wimmer ist seit Langem im interreligiösen Dialog engagiert, er hat in Jerusalem an der Hebräischen Universität studiert. Seine Frau ist Palästinenserin. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern hat er die »Freunde Abrahams« gegründet, ein Dialogforum für Christen, Juden und Muslime.

Die Mitglieder von Pax Europa erfahren in dem ZEIT-Artikel, dass sie einer „radikalen“ Bürgerbewegung angehören. Selbst wenn der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann in einem Brief an ein Pax Europa-Vorstandsmitglied die Notwendigkeit von Islamkritik bekräftigte:

Die radikale Bürgerbewegung Pax Europa fühlt sich bestärkt vom Innenministerium. Sie warnt schon lange vor der Islamisierung der deutschen Gesellschaft und vergleicht den Islam mit dem Nationalsozialismus. Das Minarettverbot in der Schweiz hat sie begeistert gefeiert. Statt sich von diesen Leuten zu distanzieren, lässt Minister Herrmann im Jahr 2010 einen Ministerialrat in seinem Namen an Pax Europa schreiben. »Kritik an bestimmten Ausprägungen des Islam ist auch in

muslimischen Gemeinden in Bayern nicht nur legitim, sondern geradezu notwendig«, heißt es. Der Staatsminister habe sich deswegen in Interviews immer dagegen ausgesprochen, Islamkritik als »Islamophobie« abzustempeln. »Wir dürfen uns nicht scheuen, antiemanzipatorische und menschenrechtsferne Mentalitäten, Sitten, Gebräuche und Traditionen der muslimischen Minderheit klar zu thematisieren. Für die Unterdrückung von Frauen oder die Scharia ist bei uns kein Platz.«

Nachvollziehbare Positionen, die jedoch Pax Europa für seine Zwecke benutzt. Es stellt den Brief ins Internet. »Chapeau, Herr Innenminister«, heißt es dazu. »Auf dieser Basis können wir Islamkritiker gut weiterarbeiten.«

Am 2. April 2010, es ist Karfreitag, verteilt die Organisation Pax Europa vor den Kirchen in Penzberg Flugblätter: »Penzberger Bürger! Wussten Sie, dass die Islamische Gemeinde Penzberg mit Hilfe der extremistischen Milli Görü? gegründet wurde? Wussten Sie, dass laut Koran alle Christen »Ungläubige« sind? Wussten Sie, dass im Koran an 27 verschiedenen Stellen in Befehlsform zum Töten der Ungläubigen aufgefordert wird?«

Aber nachdem weit und breit kein vertrauenswürdiger Vertreter des sagemuwobenen „Euro-Islams“ zu sehen ist, wird eben alles Wunschdenken auf Bajrambejamin Idriz fokussiert. Schließlich hat der ja auch islamkritische Bücher in seiner Bibliothek stehen:

In der Bibliothek stehen neben islamischen Klassikern die Werke von Islamkritikern, zum Beispiel von der evangelikalen Autorin Christine Schirmacher und dem Amerikaner Mark A. Gabriel. Diese kontroverse Welt möchte Idriz nach München exportieren.



Albrecht Metzger vergaß wohl zu erwähnen, dass in der Idriz'schen Bibliothek unter den „islamischen Klassikern“ auch das Buch „Zeichen auf dem Weg“ von Sayyid Qutb steht, einem bekannten Theoretiker der Muslimbruderschaft, islamistischem Vordenker und radikalem Antisemiten, der 1966 in Ägypten hingerichtet wurde. Laut dem nordrhein-westfälischem Verfassungsschutz stellen die Schriften von Qutb „einen entscheidenden Schritt auf dem Weg hin zum gewalttätigen Islamismus dar“.



Hoffentlich hat Idriz das Buch von Qutb nicht auch so intensiv wie den Koran gelesen, sonst müssten wir uns doch glatt Sorgen über unseren moderaten Hoffnungsträger machen. Allah-sei-Dank ist einer der Hauptfinanziers seiner Moschee ein Emir aus dem Emirat Schardscha, das als eines der konservativsten der Arabischen Emirate gilt und wo die Scharia geltendes Recht ist.

Als Finanziers nennt der Imam Scheichs aus den Vereinigten Arabischen Emiraten. Der Emir von Schardscha hat bereits die Moschee in Penzberg mit 2,5 Millionen Euro unterstützt.

DIE ZEIT hat es versäumt, bei diesem Islamscheich etwas nachzuercherieren. Denn da wird es spannend. So hat dieser Sultan bin Mohamed al-Qassimi auch die Moschee im spanischen Cordoba finanziert, die als Stützpunkt der Murabitun, einer islamischen Sekte, dienen soll. „Al-Murabitun“ bedeutet „In Wehrklöstern stationierte Gotteskrieger“, und mit denen hat auch der moderate Imam Idriz Kontakt, wie Teil 3 von „DIE AKTE IDRIZ – Der Imam und die Wahrheit“ zeigt:

Weiter mit dem ZEIT-Dossier, das nun auf einen der heikelsten Sachverhalte eingeht, die den schönen Schein des „Hoffnungsträgers“ Idriz deutlich eintrüben: Seine Telefonate mit Ibrahim el-Zayat, dem Statthalter der Muslimbrüder in Deutschland, der in Ägypten zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Bei uns darf er seine islamistischen Strippen ziehen, wird aber dabei zumindest telefonisch überwacht, was Idriz zum Verhängnis wurde:

Am selben Abend noch erhält Idriz einen Anruf, der ihn noch Jahre später verfolgen wird. Er wächst sich zum wichtigsten Beweisstück aus, mit dem das bayerische Innenministerium belegen will, dass Imam Idriz mit Extremisten gemeinsame Sache mache. Bei Idriz meldet sich Ibrahim el-Zayat, eine schillernde Figur in der islamischen Szene. Geboren und aufgewachsen in Deutschland, der Vater ist Ägypter.

Bis zum Januar 2010 ist er Vorsitzender der Islamischen Gemeinde in Deutschland, der IGD. Sie ist nach Einschätzung des Verfassungsschutzes der verlängerte Arm der islamistischen Muslimbrüder, die in Kairo ihren Ursprung haben und bis zum Umsturz des Mubarak-Regimes offiziell verboten waren. Der damalige Führer der ägyptischen Muslimbrüder, Mohammed Mahdi Akef, bezeichnet Ibrahim el-Zayat im Februar 2007 als »Chef der Muslimbrüder in Deutschland«. Ibrahim el-Zayat selbst bestreitet jegliche Verbindungen zur Muslimbruderschaft, im April 2005 verklagt er die damalige CDU-Abgeordnete Kristina Schröder, heute Bundesfamilienministerin, die ihn als »Funktionär der Muslimbruderschaft« bezeichnet hat. Er verliert den Prozess, die Bezeichnung sei eine zulässige Meinungsäußerung.

Kenner der islamischen Szene bezeichnen Ibrahim el-Zayat als Strippenzieher. Jahrelang ist er Europavertreter der World Assembly of Muslim Youth, einer aus Saudi-Arabien stammenden Jugendorganisation. Außerdem ist er Generalbevollmächtigter der Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft, die auch die etwa 300 Moscheen der Islamischen Gemeinde Milli Görüs verwaltet. Zur Zeit des Telefonats läuft ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, das später eingestellt wird; es geht um Spenden an die islamistische Hamas in Palästina.

Wie besorgniserregend das enge und vertrauensvolle Verhältnis zwischen Idriz und diesem el-Zayat ist, zeigen die Telefonprotokolle des Bayerischen Verfassungsschutzes, die wir in Teil 4 von „DIE AKTE IDRIZ“ ausführlich dargestellt haben. So mancher Mitarbeiter des Bayerischen Innenministeriums tut sich angesichts solcher Überwachungsergebnisse auch schwer, Imam Idriz noch allzu viel Vertrauensvorschuss entgegenzubringen, wie auch DIE ZEIT berichtet:

Da sind vor allem der Ministerialdirigent Wolf-Dieter Remmele und die Ministerialrätin Marion Frisch. Beide machen im

Gespräch mit der ZEIT keinen Hehl aus ihrem Misstrauen gegenüber Idriz und seinen Plänen. Sein Verein sei noch im Jahr 2004 auf Mitgliedslisten von Milli Görü? geführt worden, heißt es im Verfassungsschutzbericht, wengleich der Vereinsvorsitzende Bayram Yerli mittlerweile Schreiben vorgelegt habe, »mit denen er um Streichung des Vereins aus dem IGMG-Register bittet und seine persönliche Mitgliedschaft ab März 2006 kündigte«, heißt es in dem Bericht. Das stimme mit den Methoden der IGMG überein, gesellschaftliche Akzeptanz zu suchen und Ortsvereine zu gründen, bei denen direkte Bezüge zur eigenen Organisation fehlten.

So etwas nennt man schleichende Unterwanderung. Nach außen moderat geben, nach innen mit radikalen Organisationen und Islamisten zusammenarbeiten. Sieht so ein „moderater Hoffnungsträger“ aus? Aber DIE ZEIT versucht den entlarvenden Kontakt zu Ibrahim el-Zayat herunterzuspielen:

Der Kontakt zu el-Zayat schadet Imam Idriz' Glaubwürdigkeit. Andererseits: Ist es verboten, mit Ibrahim el-Zayat zu telefonieren? Wer sich in der islamischen Szene in Deutschland engagiert, kommt um den umtriebigen Funktionär kaum herum. Und el-Zayat hat nicht nur Kontakt mit islamischen Organisationen. Er nahm im Jahr 2006 auch an einer Konferenz in Südafrika teil, die von der Evangelischen Akademie Tutzing veranstaltet wurde. Emilia Müller, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, sprach ein Grußwort. »Die Regierung hat selbst Kontakt mit Ibrahim el-Zayat, und mir wird vorgeworfen, ich sei ein Extremist«, sagt Imam Idriz.

Es geht nicht darum, „ob“ man mit einem radikalen Islamisten telefoniert, sondern „wie“. Und wenn man von so jemand Anordnungen entgegennimmt und diese dann auch umgehend folgsam ausführt, muss man sich schon unbequeme Fragen stellen lassen.

Ibrahim el-Zayat selbst sich hat sich zu der ganzen

Angelegenheit bislang nicht geäußert. Gegenüber der ZEIT beschreibt er Imam Idriz als naiv, weil der glaube, er könne sich mit dem Innenministerium einigen. Diese Beamten seien doch nur darauf aus, einen Keil zwischen die Muslime zu treiben. Idriz könne das aber nicht erkennen. Der Frage nach den finanziellen Quellen, die er dem Imam verschließen wollte, weicht er im Gespräch mit der ZEIT aus. Idriz hingegen bestreitet vehement, jemals Geld von Ibrahim el-Zayat oder Leuten, die ihm nahestehen, bekommen zu haben. Finanziert werde die Gemeinde aus Mitgliedsbeiträgen und den Mieteinnahmen aus einer Immobilie.

Höchst aufschlussreich, was Ibrahim el-Zayat da von sich gibt: Es dürfe also nicht „ein Keil zwischen die Muslime“ getrieben werden. Weil sie ja doch alle gleich sind? Und es keinen Unterschied zwischen vordergründig „Moderaten“ und „Extremisten“ gibt? Weil es laut dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan auch keinen „moderaten Islam“ gebe, denn Islam sei schließlich Islam, und damit habe es sich? Und so wundern sich die Penzberger Moslems doch tatsächlich, dass sie immer wieder im Verfassungsschutzbericht auftauchen:

Am 30. März 2010 erscheint der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2009, und wieder tauchen die Penzberger darin auf. Jetzt wird Imam Idriz zusätzlich vorgeworfen, er habe sich von den Muslimbrüdern helfen lassen, eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Was ist geschehen?

Imam Idriz hat zweimal die Hilfe eines gewissen Ahmad Khalifa angenommen. Khalifa ist ein Prediger im Islamischen Zentrum München, der ältesten Moschee der Stadt, die mithilfe der Muslimbrüder gebaut wurde. Sie gilt als europäische Anlaufstelle der Organisation und wird deswegen im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Khalifa hatte Kontakt zu vielen finsternen Gestalten, wie etwa Mahmud Abouhalima, der 1993 versuchte, das World Trade Center in die Luft zu jagen,

oder Mamduh Mahmud Salim, einem engen Vertrauten Osama bin Ladens. Ungeachtet dessen galt Khalifa lange Zeit als angesehener Mann in München, die Moschee wird von vielen unbescholtenen Muslimen besucht, und noch im Jahr 2008 rühmte sich der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Ludwig Spaenle, er besuche regelmäßig das Islamische Zentrum München – es sei ein Beispiel dafür, »wie Integration funktioniert«.

Ist das ein Beweis für die Unbescholtenheit von Imam Idriz, wenn sich ein ahnungsloser Bayerischer Kultusminister im „Islamischen Kulturzentrum“ Geschichten vom „friedlichen integrativen Islam“ erzählen lässt? Mittlerweile wurden über dieses „Beispiel, wie Integration funktioniert“, besorgniserregende Tatsachen bekannt. Die Freimanner Moschee galt jahrzehntelang als die viertwichtigste im Islam und war einer der bedeutendsten Stützpunkte des islamischen Fundamentalismus sowie der Muslimbrüderschaft in Europa, wie die Bücher von Ian Johnson „Die vierte Moschee“ sowie von Stefan Meining „Eine Moschee in Deutschland“ eindrucksvoll belegen. In Teil 6 der AKTE IDRIZ – „Verfassungsfeindliche Kontakte“ werden diese und andere höchst bedenkliche Verbindungen deutlich:

Nichtsdestotrotz arbeitet Die ZEIT hart daran, Imam Idriz von jeglichem Verdacht der Nähe zum Extremismus reinzuwaschen:

So auch für Imam Idriz. Als er 1994 nach Deutschland kommt, braucht er eine Bestätigung von einer islamischen Autorität, damit er als Imam arbeiten darf. So verlangt es das Landratsamt im bayerischen Weilheim, in dessen Landkreis Penzberg liegt. »Außer Ahmad Khalifa gab es damals niemanden, der so etwas auf Deutsch schreiben konnte«, sagt Idriz. Ein ähnlicher Vorgang wiederholt sich fünf Jahre später. Die Aufenthaltsgenehmigung ist abgelaufen, das Landratsamt in Weilheim sieht sich nicht in der Lage, sie eigenmächtig zu verlängern, und ein Beamter rät Idriz, sich Unterstützung zu

holen.

Sein Anwalt wendet sich ganz nach oben, an Ministerpräsident Edmund Stoiber, zu dessen Wahlkreis Penzberg gehört. Die Penzberger schicken Stoiber einen Brief ihres Bürgermeisters und ein weiteres Schreiben von Ahmad Khalifa, dazu Zeitungsartikel, aus denen hervorgeht, dass sich die Penzberger Gemeinde um die Integration von Muslimen bemühe. Kurze Zeit später trifft die Nachricht ein: »Die von Herrn Ministerpräsident veranlasste Prüfung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern hat ergeben, dass der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung nichts entgegensteht«, schreibt die Staatskanzlei. Obwohl sich der düstere Islamist Ahmad Khalifa für Imam Idriz starkmachte, hatte das Innenministerium damals keine Bedenken. Zehn Jahre später taucht der Fall im Verfassungsschutzbericht auf.

Bei Ahmad al-Kalifa hat die Polizei im Jahr 2009 eine Razzia wegen des Verdachts der Unterstützung terroristischer Organisationen durchgeführt. Die Bezeichnung der ZEIT „düsterer Islamist“ scheint also nicht sonderlich danebenzuliegen. Aber es gibt noch viele weitere unangenehme Fakten:

Im November 2010 erfährt Imam Idriz etwas Neues über sich: Unter dem Titel „Hitler? Ach so“ veröffentlicht der Focus einen Bericht über Hussein Djozo, einen bosnischen Militärimam der Waffen-SS. Ausgerechnet diesen Hussein Djozo zählt Imam Idriz zu seinen Vorbildern. Er bezieht sich dabei auf die Schriften, die Hussein Djozo nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichte. Über dessen Vergangenheit als Imam der Waffen-SS habe er, beteuert Idriz, bis dahin nichts gewusst. Ist Idriz naiv, oder lügt er?

Nun, werte ZEIT, der Verdacht für die letztgenannte Vermutung liegt nahe. Denn Idriz hat neben dem SS-Hauptsturmführer noch einige weitere „modern eingestellte“ muslimische Vorbilder

genannt, die sich beim Nachrecherchieren als radikal entpuppten. So zum Beispiel Rached al-Ghannouchi oder Alija Izetbegovic, was wir in der AKTE IDRIZ Teil 5 „Die Vorbilder des Imams“ ausführlich dargestellt haben:

Trotz all dieser erdrückenden Fakten stellt es die ZEIT immer noch so hin, als ob der brave Imam zu Unrecht von misstrauischen Verfassungsschützern überwacht werde:

Im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2010, der am 3. März 2011 veröffentlicht wird, tauchen die Penzberger wieder auf, diesmal auf zweieinhalb Seiten, so ausführlich wie nie zuvor. Benjamin Idriz hofft noch immer darauf, dass er den Kampf gegen die bayerischen Behörden gewinnen wird, die Hoffnung ist kleiner geworden von Jahr zu Jahr, und sie wäre vollständig zerstört, wenn da nicht dieser eine Satz stünde: »Neue Erkenntnisse über verfassungswidrige Aktivitäten«, heißt es jetzt über die Penzberger im Bericht des Verfassungsschutzes, »ergaben sich im Berichtsjahr jedenfalls nicht.«

Idriz hat eben gut gelernt: Nicht mehr mit Verfassungsfeinden telefonieren und sich nicht mit islamischen Fundamentalisten treffen. Aber ob das nun wirklich seine wahre Gesinnung widerspiegelt oder lediglich taktisches Verhalten zum Verschleiern seiner wahren Absichten ist, sei der Beurteilung des kritischen Betrachters überlassen. Die Tatsachen sprechen eine mehr als eindeutige Sprache. Zum Abschluss möchten wir dem geneigten Leser Teil 7 der AKTE IDRIZ „Tricksen und Täuschen“ empfehlen, die auch einen erhellenden Blick auf seine Unterstützer wirft:



Wilders-Besuch in der Schweiz abgesagt



Laut einer Meldung der Schweizer Tagesschau musste sich SVP-Nationalrat Oskar Freysinger (Foto) dem Druck der muslimischen Fundamentalisten beugen, die für den angekündigten Wilders-Besuch Ausschreitungen angekündigt und dadurch Sicherheitsbedenken ausgelöst hatten (PI berichtete). Der öffentliche Auftritt des niederländischen Parlamentariers in der Schweiz wurde endgültig abgesagt. Die Entscheidung sei in Übereinstimmung mit Wilders gefallen, teilte die SVP Wallis am Dienstagabend mit. Weitere Infos erhalten Sie auf der Homepage von Oskar Freysinger, der bisher „dachte, die Schweiz wäre ein freies Land“.

Thüringer SPD will Verfassungsschutz abschaffen



Die Thüringer SPD will den Mitgliederschwund in den eigenen Reihen durch weitere Annäherung an die SED, äh Linkspartei, bekämpfen. Man will den Landesverfassungsschutz abschaffen. Der Verfassungsschutz habe durch zahlreiche Skandale die politische demokratische Kultur beschädigt und nicht verteidigt. Na, bei der SPD weiß man eben, was „Demokratie“ bedeutet. „Weiter heißt es, ein Verfassungsschutz, der die Verfassung nicht schütze, sondern die politische Kultur beschädige, sei überflüssig.“ Man will alle gespeicherten Daten löschen. Und so die Linken schützen?



(Spürnase: Ch. Sch.)



Brutale Halalschlachtungen in Indonesien



Auf indonesischen Schlachthöfen spielt sich Unvorstellbares ab. Australien, das 40% des indonesischen Rindfleisches liefert, stellte die Lieferung an elf Schlachthöfen ein, weitere können folgen. Denn man darf wohl davon ausgehen, dass die Zustände dort nicht besser sind.

Der „Tagesanzeiger“ schreibt:

Australische Tierschützer haben in indonesischen Schlachthäusern gefilmt. «Ich war überzeugt, dass wir nach fünf Minuten genug Material hatten, um die Exporte von Rindern zu stoppen», sagt ein Mitglied.

Wegen schockierender Zustände in indonesischen Schlachthöfen hat Australien den Verkauf lebender Rinder an elf dieser Anlagen bis auf weiteres verboten. Abhängig vom Verlauf der Ermittlungen könnten noch weitere Schlachthäuser auf die Liste gesetzt werden, kündigte Landwirtschaftsminister Joe Ludwig heute an. Die Regierung reagierte mit dem Exportstopp auf einen zuvor ausgestrahlten Fernsehbericht über den grausamen Umgang mit Schlachtvieh in Indonesien.

In dem am Montagabend landesweit gezeigten Bericht war unter anderem zu sehen, wie Mastochsen gepeitscht und mit ihren Köpfen gegen den Betonboden geschlagen wurden. Den Tieren

wurde bei vollem Bewusstsein brutal die Kehle zerhackt und sie litten minutenlang, bis sie verbluteten.

Nun gibt's unvorstellbar Grausames an Schlachttieren auch hier, weswegen sich zum Beispiel die Tierschützergruppe „animals angels“ gegründet hat. Und gerade die Australier sind nicht zimperlich. Allerdings sind im Westen wenigstens die verantwortlichen Politiker schockiert, versprechen, solche Dinge abzustellen und verteidigen sie nicht noch. Genau das tut aber der indonesische Landwirtschaftsminister, den „20min“ so zitiert:

Das indonesische Landwirtschaftsministerium verteidigte hingegen die Methoden als notwendig nach islamischem Recht. Die Regierung müsse zum Schutz der Verbraucher sicherstellen, dass die Tiere nach muslimischen Vorschriften und Reinheitsgeboten («Halal») geschlachtet würden, also ohne vorherige Betäubung, sagte ein ranghoher Beamter des Ministeriums,

Also weiter so. Allah, der Allerbarmer (mit Tieren allerdings hält sich das Erbarmen in Grenzen), will es so.

Hier das Video (nichts für schwache Nerven!):

(Danke allen Spürnasen)





Erdogan – ein Meister der Täuschung



Mitte Juni, wenige Tage nach den Wahlen, erscheint ein neues Buch (siehe Abb.) über den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan. Der Titel zeigt, daß der Autor Bescheid weiß. Dies ist kein Wunder, denn Jürgen P. Fuß hat mit seiner Frau sechs Jahre in der Türkei gelebt und dort die deutschsprachige „Aktuelle Türkei-Rundschau“ herausgegeben. Vor zwei Jahren hat er das Land verärgert verlassen. Was ihn dazu veranlasst hat, lesen Sie eindrücklich hier mit Link zur letzten Ausgabe der Zeitschrift! Zum neuen Buch, das auch bei Amazon schon vorbestellt werden kann, schreibt der Autor:

„Der türkische Ministerpräsident zeigt sich häufig als exzellenter Rhetoriker, der die Massen durch sein Charisma faszinieren – und manipulieren – kann. Doch Erdogan ist ein Meister der Taqiyya – der Kunst der Täuschung. Viele – zu viele – Zusagen, die der türkische Ministerpräsident

gegenüber der europäischen Union gemacht hat und immer wieder macht, sind nur leere Worte. Sie haben nur wenig gemeinsam mit dem, was sich in der Türkei in den letzten Jahren tatsächlich vollzieht.“

Hier die Vorstellung des Buches bei der Rundschau, die derzeit nur noch einen Newsletter über die Türkei herausgibt!



Jeder Vierte hat kein Geld



Jeder Vierte hat nichts auf der hohen Kante, meldet Focus Money. Die Bundesbank behauptet, wir seien so reich wie nie. Fast fünf Billionen Euro seien auf der hohen Kante. Ja was denn nu? Ich behaupte, jeder Vierte hat nicht nur nichts, sondern sogar Schulden! Und wer mit absoluter Sicherheit nur auf Pump lebt, sind Bund, Länder und Gemeinden. Weitere Links gemischt:

BILD-Interview mit dem RWE-Chef, der klagen will!

EON will gegen Brennelemente-Steuer klagen!

Rösler faselt von moderat höheren Stromkosten. Hihi!

Spanien will Schadenersatz für falschen EHEC-Verdacht!
Jungfrauen-Tests bei der demokratischen ägyptischen Armee!
Linker Antisemitismus widerlich und ekelerregend!
Die Berliner Polizei und die Sicherheit im Wahlkampf!
Frankfurter Rundschau bei Kachelmann gegen Alice Schwarzer!
Und was sagen die Franzosen zum deutschen Atomausstieg?
Wird nach dem Rauchen nun der Alkohol verboten?
Auch die FAZ macht Copy&Paste!
Die scheidenden Herausgeber des MERKUR im Interview!
Unterberger: Europa ohne Strom!
Die kaltgestellte Goslarer Gleichstellungsbeauftragte!
Islam-Konferenz mit Wilders im Wallis abgesagt!!
Die Lage der Kopten in Kairo – ein Interview!

Bitte gerne Links posten! Danke!